



Pressemitteilung

Schwerin, den 27.03.2006

Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern müssen Ausgaben senkende Maßnahmen intensivieren

Der Präsident des Landesrechnungshofes, Dr. Tilmann Schweisfurth, stellte heute in Schwerin den Bericht „Mecklenburg-Vorpommern – Finanzwirtschaftliche Performance im Ländervergleich“ der Öffentlichkeit vor. Die vorliegende aktuelle finanzwirtschaftliche Standortbestimmung soll die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte Mecklenburg-Vorpommerns unterstützen und den Rahmen für weitere Handlungsbedarfe abstecken. Laut Dr. Schweisfurth ergaben die umfangreichen Analysen der Haushalte von Land und Kommunen folgende wesentliche Ergebnisse:

- In Mecklenburg-Vorpommern wird weiterhin deutlich zu viel für laufende Zwecke ausgegeben. Bezogen auf die Einwohnerzahl haben die öffentlichen Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern zur Finanzierung der laufenden Ausgaben, vor allem für Personal und Sachmittel, rund 12 bzw. 20% mehr ausgegeben als die finanzschwachen Länder in Westdeutschland bzw. der Freistaat Sachsen.
- Mehrausgaben sind in fast allen Aufgabenbereichen festzustellen. Der Ausgabenvergleich offenbart, dass fast nur Prioritäten gesetzt werden. Nachrangbereiche mit niedrigeren Pro-Kopf-Ausgaben als die Vergleichsländer sind nicht zu erkennen.
- Für den Landeshaushalt wurde ein Konsolidierungsbedarf bei den laufenden Ausgaben von insgesamt rd. 600 Mio. Euro ermittelt, um zumindest das derzeitige Niveau der finanzschwachen Flächenländer West zu erreichen. Davon entfallen rund 300 Mio. auf die vergleichsweise hohen Zuweisungen an Kommunen.

„Die Ergebnisse verdeutlichen, dass beim Niveau und bei der Struktur der Ausgaben weitere langfristig wirkende und zum Teil tiefgreifende Anpassungen durch die Landesregierung und die kommunalen Entscheidungsträger geboten sind“, so Dr. Schweisfurth.

1. Methodik der Untersuchung

Der vorgelegte Bericht setzt auf das Gutachten „Benchmarking-Report Mecklenburg-Vorpommern – Öffentliche Aufgabenerfüllung im Ländervergleich“ von Januar 2005 auf. Untersucht wurde die finanzwirtschaftliche Situation des Landes und der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns in den Jahren 2003/2004. Zur Analyse diente der Benchmarking-Ansatz, eine Methode, um finanzwirtschaftliche Daten von Ländern und Kommunen untereinander zu vergleichen.

Vergleichsländer sind Sachsen und der Durchschnitt der finanzschwachen Flächenländer Westdeutschlands (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein). Der Freistaat empfängt wie alle ostdeutschen Länder erhebliche Transferleistungen und weist zudem innerhalb dieser Vergleichsgruppe die mit Abstand besten finanzwirtschaftlichen Ergebnisse auf. Die Wahl der westdeutschen Referenz begründet sich aus dem für das Jahr 2020 zu erwartenden vergleichbaren Einnahmenniveau je Einwohner. Daher muss sich Mecklenburg-Vorpommern zumindest im Durchschnitt an den einwohnerbezogenen Ausgaben dieser Länder orientieren.

2. Einnahmen

Im Jahr 2004 standen Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den finanzschwachen Westflächenländern insgesamt 26% mehr Einnahmen je Einwohner zur Verfügung. Betrachtet man nur die kommunale Ebene, lag das Plus bei knapp 19%. Zurückzuführen ist die bessere Finanzausstattung auf die gegenwärtig noch hohen Transferzahlungen zur Finanzierung der aufbaubedingten Sonderbedarfe.

„Mecklenburg-Vorpommern ist gegenwärtig – entgegen einer weit verbreiteten Einschätzung – zwar ein strukturschwaches, aber keineswegs ein finanzschwaches Land.“, so Dr. Schweisfurth.

So lag auch auf der kommunalen Ebene die Finanzausstattung in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004 rund 536 Mio. Euro über dem Niveau der finanzschwachen Westflächenländer. Davon entfallen 273 Mio. Euro auf höhere Einnahmen für laufende, also nicht aufbaubedingte Zwecke. Aus Sicht des Präsidenten des Landesrechnungshofes wird hier die überproportionale Finanzausstattung der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich. „Die Kommunen sollten langsam das Klagelied über zu geringe Einnahmen beenden und ihr Augenmerk stärker auf Möglichkeiten zur Reduzierung von Ausgaben richten. Nicht nur die besseren Ergebnisse für die Vergleichsländer, auch unsere aktuellen Prüfergebnisse belegen, dass dies möglich ist.“

Die öffentlichen Haushalte werden in den kommenden Jahren einnahmenseitig weiter unter Druck geraten: Einerseits durch rückläufige Transferleistungen des Bundes und der EU, andererseits durch Einnahmenverluste aufgrund der Bevölkerungsentwicklung.

Bereits ab 2008 werden die Solidarpaktmittel merklich zurückgehen, 2019 wird dann die letzte Rate überwiesen. Deutliche weniger Einnahmen werden künftig auch aus dem Brüsseler EU-Haushalt fließen. Bereits in der Förderperiode 2007 bis 2013 werden sich die Leistungen aus den EU-Strukturfonds voraussichtlich um 10 bis 20% reduzieren. Die weitere Abnahme der Bevölkerungszahl hat sinkende Einnahmen aus Steuern und dem Finanzausgleich zur Folge. Derzeit führt der Verlust eines einzigen Einwohners bereits zu Mindereinnahmen von fast 2.350 Euro pro Jahr. Allein der Rückgang der Bevölkerung um

12 Tsd. Einwohner von 2003 auf 2004 hat dem Land auf diesem Weg Einnahmeherausfälle von rund 28,5 Mio. Euro beschert.

Diese Effekte werden im Bericht gebündelt und eine Prognose für die Einnahmen im Jahr 2020 vorgenommen. Statt 126% des Niveaus der finanzschwachen Flächenländer West wird die Pro-Kopf-Finanzausstattung von Land und Kommunen bis 2020 auf 98% zurückgehen.

Dr. Schweisfurth: „Selbst unter optimistischen Annahmen werden die realen Gesamteinnahmen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2020 ca. 16% unter dem Niveau von 2004 liegen. Es wird auf absehbare Zeit keine Verteilungsspielräume mehr geben. Ausgaben-niveau und Ausgabenstruktur müssen an den zukünftigen Einnahmenrahmen angepasst werden, um sich ein Mindestmaß an politischer Gestaltungsfreiheit zu erhalten.“

3. Ausgaben

Im Jahr 2004 lagen die bereinigten Ausgaben je Einwohner von Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt mehr als 23% über dem Vergleichswert für die finanzschwachen Flächenländer West.

Bei den Sachinvestitionen, die für das Schließen der Infrastrukturlücke in Ostdeutschland besonders bedeutsam sind, haben sich die Pro-Kopf-Ausgaben der neuen Länder seit Mitte der 1990er Jahre an das niedrige West-Niveau angenähert. Da die Investitionen der finanzschwachen Flächenländer West kaum mehr ausreichen dürften, die bestehenden Vermögenswerte zu erhalten – sie deinvestieren –, wird das derzeitige Investitionsniveau der neuen Länder den Zielstellungen des Aufbauprozesses nicht mehr gerecht, so Dr. Schweisfurth. „Zudem werden die Investitionen kaum noch aus eigenen Mitteln bestritten. Statt dessen sind sie durch Verschuldung sowie investive Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union fremdfinanziert.“

Rund 58% der auf der Landesebene festgestellten Mehraufwendungen von hochgerechnet 2,14 Mrd. Euro entfielen auf die laufende Rechnung. Hier sind bei den einzelnen Ausgabenpositionen teils deutliche Überhänge im Vergleich zu den Referenzländern West erkennbar: Laufende Zahlungen an die Kommunen machten Mehrausgaben von hochgerechnet 730 Mio. Euro aus. Ca. 300 Mio. Euro mehr fielen 2004 bei den Aufwendungen für aktives Personal an, die nur zum Teil durch den höheren Angestelltenanteil unter den Beschäftigten bedingt waren.

Der Präsident des Landesrechnungshofes sagte dazu: „Diese Tatsache ist auf einen weiterhin überhöhten Stellenbesatz im Landeshaushalt zurückzuführen. Seit 2003 zeigen die ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung im Ländervergleich jedoch erste Erfolge. Soll sich diese Entwicklung fortsetzen, muss das verabschiedete Personalkonzept konsequent umgesetzt werden.“

Der Bericht ermittelt für die laufenden Ausgaben des Landes ein Konsolidierungsvolumen von ca. 600 Mio. Euro. Um diesen Betrag müssen die gegenwärtigen Ausgaben gesenkt werden, soll das Niveau der westdeutschen Referenzländer erreicht werden. Rund 300 Mio. davon entfallen jedoch auf Mehrausgaben zu Gunsten der Kommunen. Der notwendige Abbau dieser Ausgaben beim Land zwingt die Kommunen, ihre Schritte zur Gesundung der Haushalte zu forcieren, wie Dr. Schweisfurth verdeutlicht: „Das Land wird seine strukturellen Haushaltsprobleme nur in den Griff bekommen, wenn auch die kommunale Ebene ihren Beitrag leistet.“

Dass eine deutliche Reduzierung der laufenden Ausgaben möglich ist, macht auch der Freistaat Sachsen mit über 20% geringeren Pro-Kopf-Ausgaben deutlich. Legt man die sächsischen Pro-Kopf-Ausgaben als Maßstab zugrunde, so hätte Mecklenburg-Vorpommerns 2004 z.B. für das aktive Personal auf Landesebene rd. 166 Mio. Euro weniger ausgegeben, als es tatsächlich der Fall ist.

Während beim Land erste Erfolge der eingeleiteten Maßnahmen zu konstatieren sind, ist für die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns Gleiches nicht feststellbar. Im Gegenteil, die Ausgabenüberhänge haben sich wieder vergrößert. Gegenüber Sachsen summierten sich die laufenden Mehrausgaben 2004 auf 440 Mio. Euro bzw. 255 Euro je Einwohner. Die Kommunen des Freistaates blieben insgesamt sogar unter den Werten für die finanzschwachen Westflächenländer. Dies ist Ergebnis eines sehr geringen Anstiegs der kommunalen Pro-Kopf-Ausgaben im Freistaat von lediglich 2,5% seit 1997. In Mecklenburg-Vorpommern waren es dagegen im gleichen Zeitraum 9,7%, in den westdeutschen Referenzländern 9,0%.

Eine direkte Folge überhöhter laufender Ausgaben der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern sind die kaum noch vorhandenen eigenen Mittel für Investitionen. Im Jahr 2004 lag der Eigenfinanzierungsbeitrag durchschnittlich bei rund 5%. In Sachsen waren es immerhin 12%, in den finanzschwachen Flächenländern West fast 30%. Begünstigt wird diese Fehlentwicklung durch die investiven Zuweisungen des Landes und den viel zu geringen Kofinanzierungsanteilen der Kommunen. Dr. Schweisfurth dazu: „Statt eigene Investitionen der Kommunen zu aktivieren, stellt das Land fast die kompletten Investitionsmittel zur Verfügung und mindert damit den Konsolidierungsdruck auf die aufgeblähten kommunalen Verwaltungshaushalte.“

4. Ausgaben nach Aufgabenbereichen

Bei der Analyse der öffentlichen Haushalte nach einzelnen Aufgabenbereichen fällt auf, dass sich Mecklenburg-Vorpommern, vor allem im Vergleich mit den westdeutschen Vergleichsländern, fast nur Bereiche mit Mehrausgaben leistet. Auf der Landesebene betrifft das u.a. die personalintensiven Bereiche Verwaltung, Öffentliche Sicherheit, Schulen und Justiz, wo 2003 hochgerechnete Mehrausgaben von zusammen fast 500 Mio. Euro zu Buche standen. Auch gegenüber dem Freistaat Sachsen wurden, mit Ausnahme des Bereiches Kultur, teils deutliche Ausgabenüberhänge ermittelt. Die Ergebnisse für die kommunale Ebene zeigen den gleichen Befund. „Nachrangbereiche, in denen bewusst weniger ausgegeben wird, sind gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern nicht festzustellen“, so der Präsident des Landesrechnungshofes.

5. Fazit

Die Kombination aus nach wie vor geringer Wirtschaftskraft, demographischer Entwicklung und rückläufigen Osttransferleistungen stellt Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren vor erhebliche Herausforderungen. Der finanzwirtschaftliche Spielraum für das Land und die Kommunen wird sich erheblich verkleinern.

Das derzeitige Leben über die eigenen Verhältnisse resultiert in einer steigenden Verschuldung und damit wachsenden Belastungen durch Zinsausgaben. Dr. Schweisfurth dazu: „Mecklenburg-Vorpommern will spätestens am Ende des Jahrzehnts einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der begonnene Konsolidierungsprozess beschleunigt und intensiviert werden.“

Der vollständige Bericht steht wie die Pressemitteilung auf der Internetseite des Landesrechnungshofes (<http://www.lrh-mv.de>) zum Download zur Verfügung.